

B
A
C
K
G
R
O
U
N
D

P
A
P
E
R
S



Background Paper No. 6/2011

Chinas virtuelle Jasminblüte –
eine internetbasierte Analyse der
jüngsten Protestereignisse

Maria Bondes

No. 6/2011

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

**Background Papers-Reihe
des Kompetenznetzes
„Regieren in China: Voraussetzungen,
Beschränkungen und Potenziale
politischer Anpassungs- und Innovations-
fähigkeit im 21. Jahrhundert“**

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Kompetenznetz „Regieren in China“ setzt sich zum Ziel, die Voraussetzungen, Erfolge und Grenzen der Anpassungs- und Innovationsfähigkeit von Institutionen, Verfahren und Inhalten des Regierens in China zu erforschen. Im Einzelnen geht es dabei um Fragen der Funktionsweise und Kapazität des Staates sowie der (Re-) Produktion von Regimelegitimität, die sich nicht nur auf der zentralstaatlichen, sondern auch auf der lokalen Ebene stellen.

Weitere Fragekomplexe sind die Beziehungen des Staates zur Wirtschaft (Aufbau eines Regulierungsstaates) und zur Gesellschaft (Entstehen einer Zivilgesellschaft, Integration neuer sozialer Gruppen und Schichten, Umgang mit Protestbewegungen) vor dem Hintergrund rasanter wirtschaftlicher und sozialer Modernisierung. Diese Fragen werden seit einigen Jahren in Bezug zueinander gesetzt und verdichten sich zu einem größeren Forschungszusammenhang hinsichtlich der Wirkungen ökonomischen, sozialen und institutionellen Wandels auf Verfahrens- und Organisationsmuster, die kennzeichnend für die Praxis des Regierens auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems der VR China sind.

Dieses Forschungsprogramm verlangt nach interdisziplinärer Kooperation, der Verwendung verschiedener Ansätze und Theorien sowie einer Verbindung von makro- und mikropolitischen Perspektiven.

In der vorliegenden *Background Papers*-Reihe werden zwischenzeitliche Bestandsaufnahmen und Forschungsergebnisse der Einzelprojekte in allgemeinverständlicher Form für eine breitere Öffentlichkeit sowie Interessierte aus Politik und Medien aufbereitet. Das Ziel ist es hierbei, die engen Grenzen der innerfachlichen Kommunikation zu überwinden und einen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Debatte über Chinas wachsende Bedeutung in der Welt zu leisten.

Das Copyright liegt beim Autor/der Autorin.

Background Paper No.6/2011:

Chinas virtuelle Jasminblüte – eine internetbasierte Analyse der jüngsten Protestereignisse

Maria Bondes

Eine chinesische Revolution?

„Spazierengehen ist Macht! Lächeln ist Macht! Interesse zeigen ist Macht! Lasst uns eine lächelnde Revolution des Volkes gewinnen, bis die Macht dem Volk zurückgegeben wird!“ So haben unbekannte Organisatoren seit Ende Februar im Internet zu einer chinesischen Jasmin-Revolution nach arabischem Vorbild aufgerufen. In anfänglich 13 und zuletzt über fünfzig Städten sollten sich die Menschen jeden Sonntag zu „lächelnden Spaziergängen“ versammeln und so einen friedlichen Wandel in China bewirken. Nachdem größere Proteste ausgeblieben waren, schlug in den westlichen Medien vor allem die nervöse Reaktion der chinesischen Regierung Wellen. Wenngleich staatliche Medien die Gefahr politischer Tumulte wie in Arabien als „absurd“ und als „Wunschdenken“ westlicher Medien bezeichneten, reagierte die Regierung im Vorfeld der zehntägigen Sitzung des Nationalen Volkskongresses, einem politischen Großereignis, mit verschärfter Internetzensur, hoher Polizeipräsenz, Vorladungen und Verhaftungen von Aktivisten und einem ungewöhnlich harten Durchgreifen gegen ausländische Journalisten.

Nicht nur in den westlichen Medien, auch im chinesischen Netz wurde schnell die Frage nach der Möglichkeit einer chinesischen Revolution wie in Arabien oder einer zweiten Demokratiebewegung wie im Frühsommer 1989 in Peking laut. Am 28. Februar, etwa eine Woche nachdem der Aufruf zu einer chinesischen Jasmin-Revolution im Netz aufgetaucht war, veröffentlichte ein Mitarbeiter der China Merchants Bank eine Nachricht auf Sina Weibo, dem größten Twitter-ähnlichen chinesischen Mikroblog-Dienst, die nach wenigen Stunden aus dem Netz genommen wurde. Darin erinnerte er an die Inflation im Vorfeld der Demokratiebewegung von 1989. Der Nachricht mit dem Titel „Eine andere Zeit, der gleiche Druck. Eine Zeitung von 1989...“ hängte der Mitarbeiter einen Zeitungsartikel vom Februar 1989 an, mit der Überschrift: „Immobilienpreise schnellen in die Höhe, müssen kontrolliert werden“. Die Inflation in China, insbesondere die steigenden Immobilien- und Nahrungsmittelpreise sind zentrale Kritikpunkte der Organisatoren der Jasmin-Proteste. Gemeinsam mit den wachsenden sozialen Ungleichheiten führen diese Probleme zu einem steigenden Unmut in der Bevölkerung, wie das im Dezember von der staatlichen Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften veröffentlichte „Blaubuch der chinesischen Gesellschaft 2011“ zeigt. Dennoch ist nicht nur das Niveau der Inflation ein deutlich niedrigeres als 1989. Auch das durch das schnelle Wirtschaftswachstum gestiegene Lebensniveau der chinesischen Bevölkerung und hohe politische Zufriedenheitswerte in Umfragen wie dem World Value Survey machen eine Protestbewegung wie 1989 oder einen radikalen politischen Wandel in China wenig wahrscheinlich.

Chinas „neuer Bürgeraktivismus“

Verändert hat sich seit den 1980er Jahren auch der politische Aktivismus. Der Sozialwissenschaftler Yang Guobin beschreibt den politischen Aktivismus seit den 1990er Jahren als „neuen Bürgeraktivismus“, der die tief grei-

fenden kulturellen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen Chinas vor dem Hintergrund strikter politischer Kontrolle widerspiegelt. Als Merkmale dieses neuen Bürgeraktivismus identifiziert Yang neben einer steigenden Zahl an Protesten und der Ausweitung des Themenspektrums vor allem moderate und konkrete Ziele sowie und friedliche und nichtkonfrontative Methoden einer neuen Generation an Aktivisten, die sich in ihren Forderungen von den revolutionären Idealen der Demokratiebewegung von 1989 entfernt hat. Während die Zahl politischer Proteste seit den 1990er Jahren stark gestiegen ist und auch im Internet politischer Aktivismus wächst, richten sich die Proteste selten gegen die Zentralregierung oder rütteln an den Grundfesten des politischen Systems. Angriffspunkte sind meist lokale Missstände und konkrete Probleme wie Landenteignungen, soziale Ungerechtigkeiten, Korruption und Umweltverschmutzung.

Eine internetbasierte Analyse der „Jasmin-Proteste“ in China zeigt, dass sie im Kontext dieses neuen Bürgeraktivismus verstanden werden sollten und neben einem wachsenden politischen Bewusstsein in der Bevölkerung vor allem eine Unzufriedenheit mit den konkreten Problemen widerspiegeln, die das schnelle Wirtschaftswachstum mit sich gebracht hat. Ziel scheint weniger der Umsturz des politischen Systems – wenn zunächst auch einige ansatzweise systemkritische Slogans propagiert wurden –, sondern die Lösung dieser Probleme durch den kommunistischen Parteistaat. Das ungewöhnlich harte Durchgreifen der Regierung hat gezeigt, dass sie einerseits das politische Mobilisierungspotenzial des Internets erkennt und andererseits die Unzufriedenheit in der Gesellschaft ernst nimmt. Wie die Organisatoren möchte dabei auch die Regierung die Proteste vor allem als Unzufriedenheit mit konkreten gesellschaftlichen Problemen verstanden wissen und hat deren politische Lösung versprochen.

Im Folgenden wird ein genauere Blick auf die Forderungen und Argumentationslinien der Organisatoren der „Jasmin-Proteste“, ihre Aufnahme unter chinesischen Internetnutzern und die Antwort der Regierung geworfen.

Ein „Revolutions-Scherz“?

Ein erster Aufruf zu einer chinesischen „Jasmin-Revolution“ nach arabischem Vorbild wurde am 17. Februar in einer Kurznachricht auf dem Mikroblog-Dienst Twitter veröffentlicht. Der unbekannte Autor der Nachricht kündigte für den folgenden Sonntag, den 20. Februar, Versammlungen in großen Städten Chinas an. Die genauen Versammlungsorte, vor allem Einkaufszentren und zentral gelegene Fastfood-Restaurants westlicher Ketten – in Chengdu aber auch die auf dem Tianfu Platz verbliebene Mao-Statue – wurden später auf der US-basierten chinesischsprachigen Internetseite Boxun veröffentlicht.

Wie der bekannte Pekinger Blogger Jason Ng in einem Blogeintrag vom 20. Februar berichtet, wurde diese Nachricht von vielen Internetnutzern zunächst wenig ernst genommen. Tatsächlich drehte sich die Diskussion auf Twitter vor dem ersten Versammlungssonntag vor allem um die Frage, wie der Aufruf zu verstehen sei. Viele sprachen von einem „Jasmin-Revolutions-Scherz“. In den westlichen Medien und innerhalb der chinesischen Internetgemeinschaft wurde wiederholt die These laut, erst die harsche Reaktion der chinesischen Regierung habe den Protesten zu ihrem Schwung verholfen. In den ersten Tagen reagierten die Behörden mit verschärfter Internetsensur, erhöhter Polizeipräsenz an den angekündigten Versammlungsorten und Vorladungen bekannter Aktivisten und Blogger, zum „Teetrinken“, wie es im Volksmund heißt. Schlüsselwörter wie „Jasmin“ wurden im chinesischen Netz schnell zensiert.

„Die Jasmin-Revolution wird im Netz heiß diskutiert“, schreibt ein Nutzer am 19. Februar

auf Twitter. „Zuerst dachte ich, es handle sich um Performance-Kunst, die nicht wirklich vorhat, Unruhe zu stiften. Aber heute wurde Jasmin zu einem sensiblen Schlüsselwort erklärt. Gut, wenn die Regierung das so ernst nimmt, wäre es wohl eine Verschwendung von Geldern der Öffentlichen Sicherheit, nicht teilzunehmen.“ Am Sonntag, dem 20. Februar, folgten Medienangaben zufolge nur etwa hundert Menschen dem Versammlungsaufruf in den Innenstädten von Peking und Shanghai. Aufmerksamkeit in der internationalen Berichterstattung fanden vor allem die hohe Präsenz der Sicherheitsbehörden, Verhaftungen von Aktivisten und das harte Durchgreifen gegen ausländische Journalisten vor Ort. Mehrere internationale Organisationen, darunter Reporter ohne Grenzen, sprachen von der stärksten Einschränkung der Pressefreiheit in China seit den 1980er Jahren.

Korruptionsbekämpfung und Transparenz

Mit Stellungnahmen im Internet, in denen klare Ziele und Forderungen der „Jasmin-Revolution“ formuliert wurden, traten die Organisatoren erst nach dem ersten Versammlungssonntag an die Öffentlichkeit. Auf neu gegründeten Blogs, einer eigenen Seite im sozialen Netzwerk Facebook und auf Twitter veröffentlichten mehrere Gruppen selbsterklärter „Initiatoren“ seither offene Briefe, Protestaufrufe, Updates, Berichte und Gedichte. Der Großteil dieser Einträge ist in China nicht zugänglich. Viele Seiten, darunter die Internetdienste von Facebook und Twitter, sind im chinesischen Netz gesperrt. Viele Internetnutzer haben jedoch in den letzten Jahren gelernt, die staatlichen Kontrollen zu umgehen.

Während die Organisatoren in ihren anfänglichen Stellungnahmen durchaus systemkritische Forderungen formulierten und eine demokratische Machtübernahme durch das Volk als langfristiges Ziel der „Revolution“ sahen, waren diese Ziele im Sinne des neuen Bürger-

aktivismus stets mit Forderungen nach der Lösung konkreter Probleme – allen voran der Korruption, steigenden Inflation und sozialen Ungerechtigkeiten – verbunden und traten im weiteren Zeitverlauf hinter diese zurück. Anfängliche Slogans wie „Pressefreiheit! Demokratie!“ und „Beginnt politische Reformen! Beendet die Einparteiendiktatur!“ wurden mit dem Verweis auf die „politische Lage“ und die Verhaftungen von Aktivisten in der zweiten Woche der Kundgebungen zurückgezogen.

In einem am 22. Februar auf der Webseite Boxun veröffentlichten ersten „Offenen Brief der Organisatoren der Jasmin-Kundgebungen an den Nationalen Volkskongress“ erklärten sie, das vorrangige Ziel der Kundgebungen sei es, durch gewaltfreien öffentlichen Druck politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption, eine höhere Transparenz des Steuersystems und ein unabhängiges Justizsystem durchzusetzen. Von der Kommunistischen Partei forderten sie zudem die Lösung der sozialen Probleme, die das schnelle Wirtschaftswachstum mit sich gebracht hat. Im Falle entsprechender politischer Maßnahmen, verbunden mit einem konkreten Zeitplan, sei ein Umsturz der Regierung nicht Ziel der „Jasmin-Revolution“, und die sonntäglichen Versammlungen würden gestoppt. „Es ist uns egal, ob wir ein Ein-, Zwei- oder sogar ein Dreiparteiensystem einführen. [...] Wir unterstützen keine gewaltsame Revolution. Wir unterstützen weiterhin gewaltfreie Nicht-Kooperation.“

Sie verlangen damit vor allem die Umsetzung der politischen Versprechungen, die heute im Zentrum der chinesischen Innenpolitik stehen. Nach Ansicht der Organisatoren träumt die chinesische Bevölkerung von einem reichen und mächtigen China mit einer aufrichtigen und ehrlichen Regierung und einer unabhängigen und gerechten Justiz, in dem die Menschen sich nicht um Essen und Kleider sorgen müssen. Die Reformperiode habe hingegen

eine korrupte Regierung hervorgebracht und eine Bevölkerung, die nicht von dem wirtschaftlichen Wachstum profitiere. Vor allem die steigende Inflation – insbesondere die hohen Wohnungs- und Lebensmittelpreise, die wachsende Einkommensschere zwischen Arm und Reich und ein fehlendes Sozialversicherungssystem machten der Bevölkerung zu schaffen. „Wir wollen Essen! Wir wollen Arbeit! Wir wollen Wohnungen!“, lauten einige der anfangs veröffentlichten Slogans der Organisatoren. „Wir wollen Gerechtigkeit! Garantiert private Eigentumsrechte! Bewahrt die Unabhängigkeit der Justiz!“

„Lächeln und Spaziergehen“

Ebenfalls im Sinne des neuen Bürgeraktivismus wählen die Organisatoren dabei friedliche und nichtkonfrontative Mittel. „Gewaltfreie Nichtkooperation“ sei der einzige Weg zu einer chinesischen Demokratie, heißt es in dem Brief vom 22. Februar. Die anfänglich formulierten Slogans wurden in der zweiten Woche der Kundgebungen zurückgezogen und durch den Aufruf zu einer „Revolution des Lächelns“ ersetzt. Teilnehmer sollten fortan nur noch „lächeln und spaziergehen“. Von dem Rufen von Parolen, dem Tragen von Bannern oder sonstigen Erkennungszeichen wie Jasminblüten wird von den Organisatoren seither dringend abgeraten, um eine „Situation wie in Libyen zu vermeiden“. „Wir schaffen eine neue Geschichte der Revolution auf eine einmalige Art und Weise: wir nutzen den Klang von Lachen, Liedern und Grüßen anstelle des Klangs von Gewehren, Kanonen und Kampfflugzeugen!“, schreiben die Organisatoren in einem zweiten offenen Brief an das chinesische Volk vom 2. März. „Lasst uns Gewalt in einem Meer von Lachen entwaffnen! Spaziergehen und Lächeln sind die Macht des Volkes, die alle Proteste und politischen Statements bei weitem übertrifft!“

Der Aufruf zu „Spaziergängen“ ist dabei ein rhetorisches Mittel des „neuen Bürgeraktivismus“,

das auch bei früheren Protestaktionen angewandt wurde. So wurden auch die Bewohner der südchinesischen Stadt Xiamen im Jahr 2003 per SMS dazu aufgerufen, sich an „Spaziergängen“ gegen den geplanten Bau einer Chemiefabrik zu beteiligen. Diese gemäßigte Wortwahl dient nicht nur der Beruhigung der Teilnehmer, schreibt Yang Guobin, sondern ist auch ein effektives rhetorisches Mittel, um möglichen Repressionen der Behörden vorzubeugen. Sie könnten schwerlich gewaltsam gegen „Spaziergänger“ vorgehen.

Humor als Antwort auf Repression

Dennoch war unter chinesischen Internetnutzern besonders in den Tagen vor den ersten „Spaziergängen“ die Angst vor einer gewaltsamen Antwort der Regierung wie im Frühsommer 1989 auf dem Tiananmen-Platz spürbar. Nachdem die Diskussionen im Netz in den Tagen vor der ersten Versammlung vor allem um die Frage kreisten, wie ernst der Aufruf zu nehmen sei, wurde bald Kritik an dem harten Durchgreifen der Sicherheitsbehörden laut. Auf Twitter und den Blogs der Organisatoren wurden diverse Berichte von Aktivisten über persönliche Erfahrungen mit Sicherheitsbeamten veröffentlicht. Der Stil ist dabei meist humoristisch.

Die Twitter-Nutzerin Lera Hua etwa berichtet über wiederholte Besuche der Öffentlichen Sicherheit zum „Teetrinken“. „Es gab keinen Tee“, schreibt sie. „Die Beamten setzten sich und wollten nur Wasser. Nach ein wenig Geplänkel kamen wir zu den zentralen Fragen über die Jasmin-Revolution. [...] Ich sagte, ist es nicht ein wenig überheblich, Euch mit Tunesien und Ägypten zu vergleichen? Die Familie des tunesischen Präsidenten besitzt immerhin die Hälfte des tunesischen Vermögens.“ Ihren satirischen Bericht beendet sie mit einer Warnung vor Aufrufen zu einem Umsturz des Systems. „Wenn Du auch Tee trinken musst, keine Panik! Sprich ruhig mit

ihnen. Zeichne das Gespräch am besten auf. Sei ehrlich zu diesen Missetätern.“

„50-Cent-Partei“: Warnung vor Chaos und Imperialismus

Als Reaktion auf die Protestaufrufe äußerten viele Internetnutzer in Diskussionen auf Foren und Twitter dennoch Hoffnungen auf einen politischen Wandel, eine Demokratisierung des Systems und einen erfolgreichen Kampf für Bürger- und Menschenrechte in China. Dem gegenüber stehen jedoch zahlreiche Warnungen vor Chaos, einer Destabilisierung der Wirtschaft und ausländischer Einflussnahme. Es ist schwer einzuschätzen, welche Diskussionsbeiträge dabei tatsächlich die Meinung der gewöhnlichen Internetnutzer widerspiegeln. Viele Einträge stammen nach Einschätzung von Bloggern und anderen Internetnutzern vermutlich von staatlich engagierten „Internet-Kommentatoren“, die sich auf Weisung der Regierung unerkannt in Internetdebatten einmischen. Ihre Aufgabe ist es, die Diskussionen in eine Richtung zu lenken, die den Prinzipien der Propagandaabteilung entspricht. Neben der Zensur sind sie Teil des Kontrollsystems, mit dem die Kommunistische Partei versucht, die öffentliche Meinung im Netz zu lenken. Da es heißt, den Kommentatoren würden 50 chinesische Cent pro Beitrag bezahlt, werden sie häufig als Mitglieder der „50-Cent-Partei“ bezeichnet.

Chinesische Blogger berichten von zahlreichen Mitgliedern der 50-Cent-Partei, die in den Stunden nach dem ersten Protest-Aufruf online gingen und versuchten, die Bevölkerung von einer Teilnahme an den Kundgebungen abzubringen. Das Hauptargument dieser Gegner ist dabei die Warnung vor Chaos durch eine Destabilisierung des politischen und wirtschaftlichen Systems. Einige Einträge ziehen historische Parallelen: „Schaut Euch die sogenannten ‚Revolutionen‘ in den Jahrtausenden menschlicher Geschichte an“, schreibt ein Twitternutzer, den der Blogger Jason Ng für

ein Mitglied der „Fünzig-Cent-Partei“ hält. „Die gewöhnliche Bevölkerung ist immer das Opfer. Ich möchte mein zufriedenes gewöhnliches Leben nicht aufgeben.“ Dem pflichtet ein zweiter bei: „Fünftausend Jahre chinesischer Geschichte haben gezeigt, dass ein Einparteiensystem am besten für China ist. Eine Mehrparteien-Herrschaft wird sicherlich zu Chaos führen!“ Ein anderer Nutzer erinnert an das „Chaos“ in Ägypten und Libyen und warnt: „Wartet nur, bis keine Stabilität mehr im Land herrscht. Es wird kein Essen geben, keine Kleider und keine Arbeit. Nicht einmal mehr unser Leben wäre geschützt!“

Die chinesische Bevölkerung lebe heute ein gutes und zufriedenes Leben, das von einer Revolution mutwillig aufs Spiel gesetzt würde, so die Argumentation. „Der Sinn einer Revolution ist es, ein glückliches Leben zu verbringen, aber unser Leben ist heute völlig in Ordnung. Wir haben eine friedliche und wohlhabende Gesellschaft, wer braucht da eine Revolution?“ Eine chinesische „Revolution“ erklären die Gegner daher als Wunschdenken einiger Idealisten, das an der Realität und den Interessen der Bevölkerung vorbeigeht. „Die heutige chinesische Öffentlichkeit hat nicht einmal annähernd das ideologische Fundament für eine ‚Jasminrevolution‘“, schreibt ein Twitter-Nutzer vor der ersten Versammlung. „Chinesische Studenten schaffen es nicht einmal, über die Straße zu gehen, um etwas anderes zu essen als den Kantinenfraß, über den sie sich so aufregen. Also vergesst eine Revolution!“

Mit heftigen Worten wird zudem vor einer bösartigen Einmischung des Auslandes gewarnt. Von imperialistischen und separatistischen Kräften ist dabei die Rede, die Chinas Wachstum hemmen wollten. Meist appellieren diese Einträge an das Nationalgefühl der Chinesen und ziehen die alten Feindbilder USA und Japan heran. „Was wir beobachten, ist, dass Amerika uns ‚friedlich transformieren‘

will. Das Imperium der Vereinigten Staaten von Amerika wünscht immer unsere Zerstörung.“ In einem anderen Beitrag heißt es: „Wenn China im Chaos versinkt, denkt nur wie viele westliche Länder lachen würden. Die stinkenden Japaner und indischen Bastarde, sie würden sich ins Fäustchen lachen. Das können wir auf keinen Fall zulassen!“

„Die Massen wollen Stabilität“

Etwas gemäßiger ist die offizielle bzw. semi-offizielle Sicht der Protestaufrufe. In einem Leitartikel vom 5. März warnt die staatliche Zeitung *Beijing Daily* vor „Menschen mit hinterlistiger Absicht“ von innerhalb und außerhalb Chinas, die es sich im Zuge der Umbrüche in den arabischen Ländern zum Ziel gesetzt hätten, Chaos in China zu stiften. Die Massen aber wollten Stabilität. „Mit seiner enormen Bevölkerung ist es unvermeidbar, dass China ein paar Dissidenten hat, die von den öffentlichen Revolten im Nahen Osten angesteckt wurden und zu Protesten oder gar einer Revolution in China aufrufen“, schreibt die staatliche *Global Times* am 25. Februar. Der Glaube, dass es in China zu Unruhen wie in den arabischen Ländern kommen könne, sei jedoch „absurd“ und „Wunschdenken“, lassen auch das chinesische Außenministerium und die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua verlauten. In der Kritik stehen vor allem die westlichen Medien. Kürzlich habe sich eine Gruppe ausländischer Journalisten an einem vereinbarten Ort in Peking getroffen, um dort eine Performance-Kunst-Version der „Jasmin-Revolution“ zu beobachten, heißt es in der *Global Times* weiter. Ausländische Medien hätten daraus eine gewaltige soziale Bewegung gemacht und dabei ihre Hoffnungen auf Unruhen in China kaum verborgen.

Dies gehe jedoch an der chinesischen Realität vorbei. „Niemand, der die heute recht stabile chinesische Gesellschaft kennt, würde eine chinesische ‚Jasmin-Revolution‘ vorhersagen“, schreibt die *Global Times*. Chinas schnelles

Wachstum habe viele Probleme und Konflikte mit sich gebracht, allen voran eine unausgewogene Entwicklung und eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Aber der Nation mangle es nicht an politischer Entschlossenheit, diese Probleme zu lösen. Die chinesische Gesellschaft habe kein Interesse daran, diese Probleme durch Revolution zu lösen. „In mehr als dreißig Jahren Reform unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und mit den Bemühungen um all unsere Ethnien ist unsere Politik stabil gewesen und unsere Wirtschaft hat sich entwickelt“, heißt es in der *Beijing Daily*. „Die wohlwollende Politik der Partei für das Volk hat dessen Herzen gewonnen und zu Einigkeit und einer rückhaltlosen Unterstützung der Massen geführt.“

Politische Versprechungen zur Lösung der Probleme

Dass der Parteistaat sich durch die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung dennoch bedroht fühlt, hat nicht nur ihr ungewöhnlich hartes Durchgreifen gegen Aktivisten und ausländische Journalisten gezeigt. Die Kommunistische Partei beeilte sich, öffentlich zu versichern, dass sie um eine Lösung der gegenwärtigen Probleme bemüht sei. Bereits in den Tagen vor dem Auftakt der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses war die staatliche Berichterstattung dominiert von der Betonung der umfassenden Regierungsmaßnahmen gegen die Inflation und der staatlichen Bemühungen um soziale Gerechtigkeit, die bereits große Erfolge erzielt hätten. Vor allem kündigte die Kommunistische Partei ein entschlossenes Vorgehen gegen die steigenden Wohnungs- und Lebensmittelpreise und die wachsende Einkommensschere an.

Mit diesen Angeboten an die chinesische Bevölkerung wandte sich Premierminister Wen Jiabao wie in den beiden Vorjahren auch direkt an die chinesische Internetgemeinschaft. In einem zweistündigen Online-Chat am 27. Februar, dem zweiten Sonntag der „Jasmin-Protteste“, stellte sich der Premierminister

Fragen der Netzbürger und versprach neben einem verstärkten Kampf gegen die Inflation auch umfassende Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und erhöhte Investitionen in das Sozialsystem, darunter vor allem einen Ausbau des medizinischen Versorgungssystems und der Renten- und Sozialversicherung.

Diese Themen standen auch im Zentrum der Jahrestagung des Volkskongresses. Das Problem der Inflation „berührt das Wohlergehen der Menschen, betrifft die Gesamtlage und beeinträchtigt die soziale Stabilität“, warnte der Ministerpräsident in seinem Rechenschaftsbericht vor den 3.000 Delegierten des Volkskongresses zum Auftakt der Tagung. Die Stabilität der Preise müsse „oberste Priorität“ haben. Für die Zukunft mahnte er an, entschieden gegen Chinas Probleme vorzugehen, allen voran die wachsenden Einkommensunterschiede, „exorbitanten Wohnungspreise“, „illegalen Landenteignungen“ und die „weit verbreitete Korruption“. „Wir sind uns bewusst, dass wir gravierende Probleme haben, weil unsere Entwicklung noch nicht ausreichend koordiniert, ausgewogen und nachhaltig ist“, betonte er. Eine solche Entwicklung steht auch im Zentrum des zwölften Fünfjahresprogramms, den der Volkskongress auf der diesjährigen Jahrestagung verabschiedete.

Die Kommunistische Partei ist sich bewusst, dass sie auf die Unzufriedenheit in der Bevölkerung reagieren muss, um die Stabilität des politischen Systems nicht zu gefährden. So sehen es auch die Organisatoren der „Jasmin-Proteste“. „Wir haben Premier Wens glückliches Lächeln und seine offensichtlichen politischen Angebote am 27. Februar wahrgenommen“, schreiben sie mit Bezug auf den Online-Chat des Premierministers auf ihrem Blog. „Wir rufen die Regierung auf, sich die legitimen Appelle der Bevölkerung zu Herzen zu nehmen und möglichst positiv zu antworten.“

Die Autorin:

Maria Bondes, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Ideologischer Wandel und Regimelegitimität in China“ am GIGA Institut für Asien-Studien.

